Die Trennlinie zwischen offener Gesellschaft und völkischem Rückzug ist selten so klar gezogen worden wie am 20. August: das Weimarer Bauhaus ist wieder Politikum.

Das Beton-Gewebe der Moderne wird wieder zum Festungsgraben. Am 20. August 2026, auf den Tag genau hundert Jahre nach der Neueröffnung des Bauhauses in Dessau, erlebt die deutsche Kulturpolitik einen seltenen Moment geschlossener Mobilmachung. Mitten im Endspurt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zogen die politisch Verantwortlichen zwei Verteidigungslinien hoch: die Dessauer Erklärung der KMK und das von Kulturstaatsminister Wolfram Weimer angeführte Bauhaus-Manifest 2026 auf der Seite des Staatsministers. Es ist die Antwort auf ein AfD-Programm, das die Ikonen der Moderne am liebsten aus der nationalen Erzählung tilgen würde.

Wer die Dokumente studiert, mag schnell eine Art Arbeitsteilung erkennen. Auf der einen Seite steht der formale Staatsakt: Die Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder verabschiedeten ein staatsrechtliches Bekenntnis. Die Dessauer Erklärung pocht auf den Schutz von Kunst- und Meinungsfreiheit als Verfassungsauftrag. Sie ist die juristische Brandmauer gegen Versuche, Fördermittel an politische Genehmheit zu koppeln oder Spielpläne von außen zu diktieren.

Auf der anderen Seite rollt Wolfram Weimer die große gesellschaftliche Landkarte aus. Sein Bauhaus-Manifest ist kein trockener Behördenbeschluss, sondern ein emotional geladenes Bündnis. Wenn Bischöfe, Architektenkammern, Handwerksräte und die Deutsche UNESCO-Kommission im aktuellen Bericht gemeinsam unterzeichnen, verlässt die Debatte den Elfenbeinturm. *„Weltoffenheit statt Nationalismus“*, heißt es unter Punkt 6 des Dokuments. Weimer besetzt das Erbe von Gropius und Meyer nicht als staubiges Archivgut, sondern als Motor für eine zukunftsgewandte Identität.

Aber arbeiten KMK und Kulturstaatsminister hier zusammen oder doch eher nebeneinander? Ganz ohne Reibungsflächen sind sie ja in letzter Zeit nicht gerade. Aber hier scheint, sie agieren in einer wirkungsvollen Doppelhelix. Während die Bundesländer die administrativen Schilde hochziehen, liefert der Bund eher das verbindende Narrativ. Die Parallelschaltung ist kein Mangel an Koordination, sondern politische Notwendigkeit. Denn auf Angriffe gegen die kulturelle Freiheit braucht es sowohl den Paragrafen der Verwaltung als auch die Strahlkraft einer breiten Bewegung. Das Bauhaus, das 1932 auf Betreiben der NSDAP in Dessau

Copyright © SuedKultur - Tiefgang | www.tiefgang.net/ | 1

vertrieben wurde, steht 2026 erneut im Zentrum der Debatte. Ob Papiere gegen Stimmenzettel helfen, bleibt offen – doch die Trennlinie zwischen offener Gesellschaft und völkischem Rückzug ist selten so klar gezogen worden wie an diesem Augusttag.

Das *Tiefgang*-Feuilleton ist gratis lesbar und soll auch so bleiben!

Aber Serverkosten und andere „Kleinigkeiten“ kosten auch so rund 500 Euro im Jahr.

Bitte unterstütze das Feuilleton und so auch dein Lesevergnügen!

Konto Kulturspinnerei, GLS Bank, IBAN: DE42 4306 0967 1117 3871 00, Betreff: „Tiefgang“

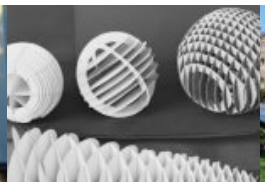
Related Post



Ist es nun nachts um halb eins?



Die doppelte Festung des Bauhauses



Bauhaus bei Bossard



Kultur- oder Geopolitik?